
FDP Wetterau

HERBSTWANDERUNG: „KEINE WINDENERGIEANLAGEN IM WALD!“

27.10.2020

Am vergangenen Wochenende führten die Freien Demokraten Büdingen gemeinsam mit dem FDP-Kreisverband eine Herbstwanderung zum Thema „Windkraftanlagen im Wald“ durch, um sich über die kürzlich ausgewiesenen Vorrangflächen für Windkraftanlagen im Büdinger Wald zu informieren. Etwa 20 Personen aus Büdingen und den Stadtteilen, aber auch aus Nidda und Friedberg, waren der Einladung gefolgt und nahmen bei schönstem Herbstwetter an der Wanderung teil.

„Es freut mich, dass sich so viele Interessierte über die möglichen Standorte für Windkraftanlagen in unserem heimischen Wald informiert haben“, konstatierte Mitorganisatorin und Büdinger FDP-Stadtverordnete Andrea Rahn-Farr bei ihrer Begrüßung. Mit Hilfe einer Karte der Vorrangflächen, welche auf der Homepage des RP Darmstadt unter dem Suchbegriff „Teilplan Erneuerbare Energien“ (TP EE) zu finden ist, erklärte sie der Gruppe die Wanderroute. Entlang der Reffenstraße führte die Route durch wunderschöne alte Eichen- und Buchenbestände vorbei an den ausgewiesenen Windkraft-Vorrangflächen.

Für die Freien Demokraten steht auch nach der Wanderung fest, dass Windkraftanlagen öffentliche Akzeptanz benötigen. „Wir Freie Demokraten wollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in der Energiepolitik unterstützen. Vor allem die Energieerzeugung durch Windkraftanlagen stößt bei immer mehr Menschen auf Widerstand, weil damit oft massive Eingriffe in die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner sowie – wie hier bei den geplanten Windkraftanlagen in Mitten eines intakten Waldes – mit drastischen Eingriffen in die Natur und das Landschaftsbild verbunden sind“, stellte der FDP-Fraktionsvorsitzende in der Büdinger Stadtverordnetenversammlung, Wolfgang Patzak, fest. Vor allem der Blick auf die mittelalterliche Büdinger Altstadt würde

durch einen Windpark stark beeinträchtigt. „Bei der Ronneburg und Münzenburg hat die Behörde die Pläne aus denkmalschützerischen Erwägungen nicht genehmigen lassen. Warum nicht auch hier?“, so fragte Wolfgang Patzak.

Interessante Anmerkungen zu aktuellen Entwicklungen bei der Energieerzeugung machte Horst Heidsieck, der sich als Diplom-Physiker zusammen mit anderen Ingenieuren in der „Arbeitsgruppe Energy Reality“ mit Fragen der zukünftigen Energieversorgung beschäftigt. „Ich erinnere daran, dass Solar- und Windenergie grundsätzlich nicht grundlastfähig sind – d.h., sie können nicht zu jeder Zeit die Strommenge liefern, die die Verbraucher gerade benötigen - und dass die damit verbundene Speicherproblematik nicht gelöst sei. Auf absehbare Zeit sehe ich keine wirtschaftliche Lösung in Sicht“, erklärte Dr. Heidsieck.

Die Arbeitsgruppe hatte unter anderem ausgerechnet, dass z.B. ca. 1000 MW heute im Tesla verbaut werden, erforderlich sind, um in wind- und sonnenreichen Gebieten ausreichend Strom zur Verfügung zu haben. Und das auch nur bezogen auf den Strombedarf, also ohne zusätzliche Verbraucher aus den Sektoren Verkehr und Industrie-Gebäuden.

Er wies auch darauf hin, dass derzeit viel über Wasserstoff als Speichermedium diskutiert werde, aber man müsse beachten, wie dieser Wasserstoff hergestellt werde. Zwar bestehe die Hoffnung, auf diese Art den sogenannten „Überschussstrom“ der Stromkunden in Deutschland bezahlen würden, der aber heute insbesondere in Österreich und der Schweiz gegen Gebühr „verklappt“ werde, zukünftig um mittels Elektrolyse sogenannten „grünen“ Wasserstoff zu erzeugen. Der Betrieb einer Elektrolyse im „Stop-and-Go-Betrieb“ zum Beispiel aus betriebswirtschaftlicher Sicht problematisch. Und in wind- oder sonnenreichen Gebieten Elektrolyse mit Atomstrom aus Frankreich oder Kohlestrom aus Polen nicht gerade zielführend.

Interessant seien daher technologische Entwicklungen, wie sie in Europa, Norwegen und den Niederlanden vorangetrieben würden. Dort werde Methan (CH₄) in Wasserstoff (H₂) und Kohlendioxid (CO₂) aufgespalten und das unerwünschte CO₂ in ausgebeuteten Gasfeldern dauerhaft eingelagert werden kann, nach Beschaffenheit des Gesteins mineralisieren könne. Der so erzeugte Wasserstoff könne dann über bestehende Gas-Pipelines in größeren Mengen

Deutschland geliefert werden.

Dr. Heidsieck verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass sich auf jeden Fall ein Blick nach Japan lohnen würde, wo bereits seit Jahren konsequent die Nutzung von blauem Wasserstoff für die Energieversorgung des Landes vorangetrieben werde. Dieser werde z.B. zukünftig in flüssiger Form von Australien nach Japan transportiert. Die entsprechenden Anlagen stünden kurz vor der Fertigstellung. Interessant sei auch, dass Japan im Bereich der Individual-Mobilität neben batteriebetriebenen Fahrzeugen seit einiger Zeit auch die Entwicklung von PKWs mit Brennstoffzellen-Antrieb forcieren und dabei auch Partnerschaften mit chinesischen Herstellern eingehen. Ziel des Konsortiums unter der Führung von Toyota sei es, die Herstellkosten von Fahrzeugen mit einem Brennstoffzellen-Antrieb schnellstmöglich zu senken.

Die Liberalen erinnerten daran, dass für eine Errichtung einer Windenergieanlage eine Freifläche von ca. 1 ha benötigt werde. Für die nötige Infrastruktur wie Zufahrtswege, die Verlegung von Erdkabeln oder die Errichtung von Stromkabeln würden breit asphaltierte Straßen in den Wald gelegt, die Schwerlastfahrzeugen ganzjährig den Zugang ermöglichen. Gleichzeitig müssten die Fundamente der Anlagen, die eine Tiefe von bis zu 25 Metern erreichen könnten, sicher vor Wasserdruck aus Grund- und Niederschlagswasser geschützt werden. Diese Versiegelung von Bodenflächen könne die Wasserversorgung der umliegenden Gebiete beeinträchtigen und wasserführende Schichten zerstören.

Für die heimischen Freien Demokraten ist deshalb klar: „Die Aufstellung weiterer Windkraftanlagen ohne Speicherkonzept oder Nutzungskonzept für überschüssigen Strom ist rechtfertigt nicht die Zerstörung und Industrialisierung von Landschaften. Unsere Waldflächen, Nationalparke, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate müssen als Standort für Windenergieanlagen ausgeschlossen werden. Diese Gebiete haben vielseitige Facetten, dienen beispielsweise als Erholungsort, als Lebensraum für Tiere und insbesondere als natürliche CO₂-Speicher. „Diese Räume gilt es zu schützen und nicht zu zerstören“, stellten Rahn-Farr und Patzak fest.